

31. Mai 2010

PRESSEMITTEILUNG

„FINANCIAL STABILITY REVIEW“ JUNI 2010

Viele große Bankkonzerne konnten im Jahr 2009 wieder eine leicht positive Ertragsentwicklung verzeichnen und ihre Finanzkraft im ersten Quartal 2010 weiter verbessern. Diese Entwicklung sowie eine Aufstockung der Eigenkapitalpuffer auf Stände deutlich über Vorkrisenniveau lassen darauf schließen, dass die meisten Institute bedeutende Fortschritte auf dem Weg zu einer finanziellen Erholung gemacht haben. Die breit angelegte Verbesserung der Schockabsorptionsfähigkeit im Jahr 2009 bewirkte, dass die systemischen Risiken für das Finanzsystem bis zu einem gewissen Grad verringert wurden und die innerhalb des Finanzsektors bestehenden Risiken verstärkt die einzelnen Institute betrafen. Tatsächlich ist die Abhängigkeit des Finanzsystems, vor allem großer Finanzinstitute, von staatlichen Hilfsmaßnahmen und den erweiterten Maßnahmen des Eurosystems zur Unterstützung der Kreditvergabe tendenziell geschwunden. Allerdings war bei einigen großen Kreditinstituten, die staatliche Hilfsmaßnahmen in Anspruch nahmen, eine nach wie vor relativ verhaltene Ertragsentwicklung festzustellen.

Außerhalb des Finanzsystems entstanden insbesondere im Euroraum durch die sich zunehmend verstärkenden Bedenken der Marktteilnehmer hinsichtlich der Kreditausfallrisiken von Industriestaaten in den ersten Monaten dieses Jahres eine Reihe gefährlicher Ansteckungskanäle und negativer Rückkoppelungen zwischen Finanzsystemen und öffentlichen Finanzen. Anfang Mai waren eine Reihe von Vermögensmärkten in einem Umfeld der Liquiditätsverknappung von negativen Entwicklungen geprägt. Schließlich wurde die Funktionsweise einiger Märkte so stark in Mitleidenschaft gezogen, dass der geldpolitische Transmissionsmechanismus und damit die effektive Durchführung einer auf mittelfristige Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik im Euroraum beeinträchtigt wurden.

Um zur Wiederherstellung einer normalen Transmission des geldpolitischen Kurses beizutragen, beschloss der EZB-Rat am 9. Mai 2010 einige Abhilfemaßnahmen. Angesichts der nicht nur innerhalb von Europa, sondern auch global spürbaren Auswirkungen dieser Beschlüsse wurde dieser Schritt der EZB in den Kommunikés der G-7- und G-20-Staaten begrüßt. Parallel hierzu verabschiedete der EU-Rat eine Verordnung zur Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus. Vorbehaltlich der Erfüllung strenger Auflagen stehen im Rahmen dieser Notfallreserve Mittel in Höhe von bis zu 500 Millionen Euro zur Verfügung. Nach Umsetzung dieser Maßnahmen wurde die Marktvolatilität deutlich eingedämmt.

In Bezug auf die Aussichten für die Finanzstabilität schätzt die EZB, dass der potenzielle Abschreibungsbedarf des Bankensystems im Euroraum auf Buchkredite im Jahr 2010 zwar einen Höchststand erreicht hat, aber auch im Jahr 2011 noch hoch sein wird. Diese Aussichten in Verbindung mit dem anhaltendem Druck des Markts und der Aufsichtsbehörden auf die Banken, ihren Verschuldungsgrad stark unter Kontrolle zu halten, legt den Schluss nahe, dass mittelfristig mit einer weiterhin moderaten Entwicklung der Erträge im Bankensektor zu rechnen ist.

Insgesamt ist die Finanzstabilität im Euroraum im Wesentlichen noch den gleichen Hauptrisiken ausgesetzt, die bereits in der letzten Ausgabe des Financial Stability Review herausgearbeitet wurden; gleichwohl hat sich deren relative Bedeutung in den letzten sechs Monaten erheblich verändert.

Zu den größten Risiken innerhalb des Finanzsystems des Euroraums zählen

- anhaltende oder gar zunehmende Bedenken hinsichtlich der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Verbindung mit der Verdrängung privater Investitionen und
- eine fortdauernde negative Rückkopplung zwischen dem Finanzsektor und den öffentlichen Finanzen.

Zu den weiteren, wenn auch geringeren Risiken, die außerhalb des hiesigen Finanzsystems auszumachen sind, zählen

- Schwachstellen in den Bilanzen nichtfinanzieller Unternehmen des Euro-Währungsgebiets aufgrund eines hohen Fremdkapitalanteils, einer schlechten Ertragsentwicklung und restriktiver Finanzierungsbedingungen, und
- höher als erwartet ausfallende Kreditausfälle im Sektor der privaten Haushalte des Euro-Währungsgebiets, falls die Arbeitslosigkeit stärker als angenommen steigt.

Innerhalb des Finanzsystems des Euroraums zählen zu den wesentlichen Risiken

- ein Rückschlag für die jüngste Erholung der Ertragslage großer und komplexer Bankengruppen sowie die negative Rückkopplung bei der Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft,
- Anfälligkeiten der Finanzinstitute aufgrund ihrer Kreditkonzentrationen auf den Märkten für Gewerbeimmobilien und in mittel- und osteuropäischen Ländern und
- eine erhöhte Volatilität an den Finanzmärkten, falls die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse den Erwartungen nicht gerecht werden.

Die größten Bedenken bestehen vor allem dahingehend, dass viele in diesem Bericht genannten Anfälligkeiten durch ein schwächer als erwartetes Wirtschaftswachstum zutage gefördert werden könnten.

Durch die von der EZB ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Märkte und Wiederherstellung ihrer Funktionsweise sowie die Einrichtung des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus wurden die Abwärts- und Ansteckungsrisiken deutlich minimiert. Dennoch bestehen nach wie vor große Haushaltsungleichgewichte, und auf den Regierungen lastet die Verantwortung, die Haushaltskonsolidierung vorzuziehen und zu beschleunigen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten und nicht zuletzt das Risiko der Verdrängung privater Investitionen zu vermeiden und Bedingungen zu schaffen, die einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum förderlich sind.

Angesichts der Forderung, die Regierungen mögen Ihre Bilanzen konsolidieren, bedeutet die Abkoppelung von den Rettungsmaßnahmen für den Finanzsektor, dass sich die Banken den anstehenden Risiken besonders bewusst sein müssen. Sie sollten vor allem darauf achten, dass sie über angemessene Eigenkapital- und Liquiditätspuffer verfügen, um die anstehenden Risiken abfedern zu können, sofern diese tatsächlich zum Tragen kommen.

Vor diesem Hintergrund müssen Finanzinstitute, die nach wie vor allzu stark von den erweiterten Maßnahmen zur Kreditvergabe sowie von staatlichen Hilfsmaßnahmen abhängig sind, ihre Probleme entschieden in Angriff nehmen. Außerdem werden möglicherweise grundlegende Umstrukturierungen erforderlich sein, um die Funktionsfähigkeit langfristig, d. h. auch wenn keine Unterstützung mehr zur Verfügung steht, sicherzustellen. Dies könnte durch eine Bilanzverkleinerung erreicht werden, indem unrentable Geschäftsfelder zur Verbesserung der Ertragsstärke aufgegeben werden.

Weitere Angaben zum Financial Stability Review finden sich unter:
www.ecb.europa.eu/pub/fsr/html/index.en.html

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.